

Bremer



Rundschau

www.dkp-bremen.org

Sozialistisches Infoblatt der Deutschen Kommunistischen Partei Bremen | 30. September 2017

Internationaler Tag der älteren Generation 2017

Der "Tag der älteren Generation" ist ein internationaler Aktionstag, der laut UNO-Beschluss 1990 ins Leben gerufen wurde. Er soll auf die soziale Situation, die Bedürfnisse und Belange älterer Menschen aufmerksam machen, die durch ökonomische Ausbeutung und politischer Ohnmacht entstanden und von geistiger Bevormundung und moralischer Entwürdigung geprägt und aufrechterhalten wird.

Jeder hat das Recht auf die soziale Sicherheit, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich ist.
(siehe Menschenrechte Art. 22).

Weltweit werden die Menschenrechte mit Füßen getreten. Menschen leiden unter ökonomischer Ausbeutung, religiös und um Hegemonie geführte Kriege sowie brutaler Verfolgung. Sie werden aufgrund ihrer politischen und weltanschaulichen Ansichten, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer Herkunft diskriminiert, verschleppt, getötet oder sie leben in unwürdigen und lebensbedrohenden Situationen. Auch im reichen Deutschland gibt es viele Menschen die ein unwürdiges Dasein fristen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten machen uns dafür stark, dass die Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern für alle Wirklichkeit werden. Jeder von uns ist gleichermaßen gefordert, die Würde und die Rechte anderer Personen zu achten.

Weil dem nicht so ist, mischen wir uns ein!

Für ein Leben in Würde! Alle Menschen unabhängig von all ihren Unterscheidungsmerkmalen wie Herkunft, Geschlecht, Alter oder Gesundheitszustand haben denselben Wert, und dieser Wert steht über dem aller anderen Lebewesen und Dinge. Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit entsprechen; sie muss allen ein menschenwürdiges Dasein sichern.



Gegen Altersarmut! Die Furcht, dass die eigene Rente im Alter nicht für ein menschenwürdiges Leben reichen könnte, treibt heutzutage bereits junge Menschen um. Dass diese Ängste keineswegs unbegründet sind, zeigt der nunmehr seit Jahren zu beobachtende Anstieg der Altersarmut. Erst vor wenigen Wochen hatte das Statistische Bundesamt aktuelle Daten zur Armutsentwicklung in der Bundesrepublik veröffentlicht. Demnach beträgt die Armutsquote mittlerweile 15,7 Prozent.

Für eine gute Rente! Aus diesem Grunde benötigen wir einen grundlegenden Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik. Der Kern muss die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung sein, mit Einbindung aller Erwerbstätigen zu einer Bürgerrentenversicherung, eine Anhebung des

Rentenniveaus auf erst einmal 53 Prozent, also wie vor der Agenda 2010, sowie die Abschaffung der für die Rentner unrentablen Riester-Rente.

Für eine gute Pflege und Gesundheitspolitik in einem solidarischen Gesellschaftssystem, in welchem das profitorientierte Prinzip nicht mehr im wahrsten Sinne des Wortes über das Wohl und Wehe der Menschen entscheidet. Wo der Mensch vor dem Profit steht.

Für soziale Gerechtigkeit sind wir gezwungen den Gedanken der Solidarität in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion zu rücken. Weil Merkel & Co. trotz allem an ihrer unsozialen Politik festhalten werden, zeigt uns das einmal mehr, dass es ihnen vor allem um persönliche Eitelkeit und politische Macht geht. Im Interesse des Machterhalts werden sich die „demokratischen“ Parteien, die mit der Linkspartei nicht einmal reden werden, schon irgendwie einig werden. Inzwischen, ein paar Tage nach der Wahl, drohen die Unternehmen mit dem Abbau weiterer Arbeitsplätze. Ihre Verbände machen bei Arbeitszeit, Löhnen und Sozialleistungen weiter Druck auf die Beschäftigten. Und die Erwerbslosen werden mit Hartz IV verstärkt bedrängt und gedemütigt. Eine andere Politik wollen weder SPD und CDU, noch FDP oder Grüne – und erst recht nicht die arbeiterfeindliche und sozialreaktionäre AfD.

Für bezahlbares Wohnen! Die Mehrheit der Bevölkerung muss einen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufbringen, weil die Reallöhne sinken und die Mieten steigen. Wer bezahlbaren Wohnraum sucht, sieht sich Dutzenden Bewerbern gegenüber und muss häufig neben der zu hinterlegenden Kaution zwei Kaltmieten Maklercourtage bezahlen. Der Grund dafür, dass an den Bedürfnissen der großen Mehrzahl der arbeitenden Menschen vorbei gebaut wird, liegt in dem bei uns herrschenden Wirtschaftssystem. Im Kapitalismus haben Mietwohnungen einen Warencharakter. Sie werden nicht gebaut, um die Wohnbedürfnisse der arbeitenden Menschen zu befriedigen, sondern um mit ihnen Profit zu machen, möglichst hohen Profit. Also ist das Fernziel aus der Privatwirtschaft herausgelöster Grund und Boden. Ein geeigneter Zwischenschritt ist die unbedingte Förderung von Genossenschaftsbau. Kurzfristig sind ein klarer Mietpreisstopp und Senkung absoluter Wuchermieten notwendig.

Für ein Generationenbündnis, mit einem Netzwerk gegenseitiger Hilfe unter dem Motto "Alt hilft Jung" und "Jung hilft Alt"; Gesunde für Kranke, Reiche für Arme. Mit gegenseitiger Hilfe innerhalb unserer Stadtteile, indem auch die Pflege des gesellschaftlichen Miteinanders nicht zu kurz kommt, denn selbstbestimmt wollen wir alt werden!



Die Menschen in unserem Land wollen menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Sie wollen eine Perspektive für sich, ihre Kinder und Enkel. Sie wollen ohne die Angst leben, dass mit der nächsten Reform alles noch schlechter wird. Sie wollen nicht, dass die Reichen immer reicher und immer mehr Arme immer ärmer werden. Deshalb sagt die DKP: „Die Reichen müssen endlich zahlen!“ und tritt u.a. für eine Millionärssteuer ein. Forderungen allein genügen jedoch nicht aus. Soziale Verbesserungen können nur erkämpft werden. Hierzu müssen wir gemeinsam auf die Straße!

Impressum
Bremer Rundschau
Herausgeberin: DKP Bremen
V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen
Kontakt per E-Mail:
dkp-bremen@gmx.de
Online: www.dkp-bremen.org

UZ kennenlernen: www.unsere-zeit.de

UZ Soziale Seite
Herausgeberin: DKP Bremen
www.unsere-zeit.de

Unsere Zeit
kennenzulernen

70 Jahre VVN
Wasallen proben den Aufstand

Wasallen proben den Aufstand
Balm G-30-Treffen in Baden-Baden wirkt die Trump-Regierung isoliert

news.DKP.de
Nachrichtenportal der DKP